



FIGHT BACK!

ANTIFASCHISTISCHES (JUGEND) INFO BRAUNSCHWEIG

**Nazi-
Wahlkampf
sabotieren!**



Nazi-Wahlkampf sabotieren!

Am 27. Januar 2008 ist wieder einmal Landtagswahl in Niedersachsen. Neben dem üblichen Wahlkampfespektakel der bürgerlichen Parteien, die um die Macht im Lande streiten, werden auch die NPD und die rechts-populistischen Republikaner (REP), um die Gunst der Wähler buhlen. Sie werden jede Gelegenheit nutzen, ihre Hetze im Zuge der Wahl in die Öffentlichkeit zu tragen. Glücklicherweise verfügen die NPD und REPs in Braunschweig über äußerst schwache Strukturen und sind mittlerweile nicht einmal mehr in der Lage einen Kandidaten aus der Stadt aufzustellen. Während sich der ehemalige Waldorfschullehrer Andreas Molau aus Groß-Denkte zum Spitzenkandidat der NPD für den niedersächsischen Wahlkampf aufspielt, bekommt seine Braunschweiger Trümmertruppe um Andreas Wolf keinen Fuß auf die Erde. Von dem Nazi-Wahlkampf werden wir trotzdem nicht verschont bleiben. Denn um Braunschweig und die Region mit faschistischen Wahlplakaten zu verunstalten, braucht es keinen Kandidaten vor Ort. Dafür, dass die Nazis aber auch damit keinen Erfolg haben, werden wir sorgen. Und hoffentlich machen viele mit...

Im folgenden ein paar leicht überarbeitete Tipps aus einer älteren Ausgabe der Fight Back!, wie ihr effektiv den Nazi-Wahlkampf stören könnt.

Aktionsformen gegen Nazi-Plakate

Vorweg ein paar Worte zum Geleit: Erwischen lassen solltet ihr euch nicht. Dazu gehört, nicht stundenlang durch die Gegend zu ziehen, sondern lieber öfter mal losziehen und dafür nicht so lange. Es ist immer gut, wenn eineR die Umgebung im Auge behält, während andere am Werk sind. Achtet nicht nur auf die Polizei, sondern auch auf andere Störer, bspw. "Aktivbürger", die auf jeden Fall zum Telefon greifen, ab und an aber auch selbst Polizei spielen. Eine andere Art Hilfspolizisten stellen Bus- und Taxifahrer dar, die zudem über Funk verfügen. Es soll schon vorgekommen sein, dass die Faschisten als "Sicherung" Rasierklingen an den Befestigungen der Plakate angebracht haben, also



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. "Zur Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.

V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

Vorsicht. Bevor ihr loszieht, räumt Zuhause alles weg, was entweder mit der Aktion zu tun hat oder die Bullen sonst interessieren könnte. Tragt bei der Vorbereitung Handschuhe und auch bei der Aktion selbst, damit sich nirgendwo Fingerabdrücke von euch finden. Passt bei Aktionsformen mit Farbe auf, dass ihr nicht selbst was abbekommt - wenn, dann brecht lieber ab und startet ein andermal neu. Kleidet euch unauffällig und zieht euch dort, wo euch jemand beobachten könnte, etwas vor's Gesicht, z.B. ein Tuch und eine Kapuze. Nehmt keinen unnötigen Krempel mit; was man nicht dabei hat, kann man nicht verlieren.

WEGDREHEN

Am ungefährlichsten ist es sicherlich, die Plakate nicht zu zerstören oder mit Farbe zu versehen, sondern sie schlicht aus der Blickrichtung wegzudrehen. Dieses funktioniert bei den meisten Plakaten, die an runden Masten angebracht sind, eventuell sind eine Ränderleiter, ein langer Stock, etwas zum Draufklettern o.ä. nötig. Damit begeht man keine Sachbeschädigung, weder an den Plakaten, noch an deren Befestigung. (Eine Begegnung mit den Bullen kann trotzdem Scherereien geben, also: Vorsicht!)

PLAKATE ENTFERNEN

Drähte durchkneifen/Plakate knicken:

Ebenfalls mit geringem technischen Aufwand ist das Durchkneifen der Halte-
drähte zu bewerkstelligen. Mit Hilfe eines kleinen Seitenschneiders (Handschuhe tragen) können diese schnell durchtrennt werden und das Plakat wandert in den Graben oder die Büsche. Das Werkzeug ist leicht zu transportieren und im Ernstfall schnell zu entsorgen (passt in jeden Gulli). Manchmal genügt es auch, kräftig an den Plakaten zu ziehen, so dass sie sich von alleine lösen. Obwohl sich der Schaden der zerstörten Drähte nur auf ein paar Cent beläuft, gilt auch hier (wie bei allen anderen Aktionen): Nicht erwischen lassen! Zum einen kann ein Gericht trotzdem ein Verfahren eröffnen, zum andern gab es bereits Fälle, wo die Bullen die Namen an entsprechende Nazi-Parteien weitergaben. Wer einen Schritt weiter gehen will, kann die Plakate leicht durchbrechen: Plakat auf den Boden stellen, am oberen Ende festhalten, tritt in die Mitte. (Das ist dann allerdings definitiv eine Sachbeschädigung und gibt oft einen etwas lauterem Knall von sich!)



Verwenden von Gartenharke/Seilen:

Überall dort, wo wenig auf den Straßen los ist, in Vororten, auf Dörfern etc., kann auch mit schwererem Gerät gearbeitet werden, z.B. mit dreizackigen Gartenharken. Achtet darauf, stabile Harken zu benutzen, weniger stabile verbiegen z.T. sehr schnell. Es können auch Seile verwendet werden. Funktioniert, indem man das Seil über das Plakat wirft, so dass man beide Enden zu fassen kriegt und damit das Plakat herunterzieht.

PLAKATE FÄRBEN

Am auffälligsten, jedoch auch am teuersten, wenn man erwischt wird, ist das Färben der Plakate. Eingefärbte Plakate sind kaum zu übersehen (wenn auch



kaum lesbar), meist bekommt jedoch auch der Laternenpfahl etwas ab oder man erwischt aus Versehen andere Ziele. Die Stadt stellt, wenn man erwischt wird, die Säuberung der Laternen in Rechnung, und die ist nicht billig! In jedem Fall Handschuhe tragen, äußerste Vorsicht und die Aktion abrechnen, wenn man selbst Farbe ab-

kommen hat. Lieber ein anderes Mal losgehen, als bunt wie ein Osterei den Bullen in die Hände zu fallen. Für das Färben von Plakaten haben sich zwei Methoden als praktisch erwiesen:

Farbeier:

Eier ausblasen, zunächst das eine der beiden notwendigen Löcher mit Wachs zutropfen, dann mit einer handelsüblichen Spritze (ohne Nadel) Farbe einfüllen. Nun auch das andere Loch verschließen. Während der Vorbereitung auf jeden Fall Handschuhe tragen! Vor der Aktion alle Utensilien aus der Wohnung verschwinden lassen. Vorsicht beim Transport!

Super-Soaker:

Trotz aller Nachteile sind auch Super-Soaker immer wieder zum Plakate-Färben benutzt worden. Die Nachteile: Die Geräte sind relativ groß und somit auffällig. Die benutzte Voll- oder Abtönfarbe (Lackfarbe zerstört das Plastik) muss verdünnt werden, damit sie die Düse nicht verstopft. Zu dünne Farbe bringt nicht den gewünschten Effekt. Färbt die Laterne mit ein. Experimentiert am besten vorher an sicheren Orten.

Shit happens ...

passiert auch den Besten. Was ist zu tun, wenn eineN die Polizei anhält? Zunächst habt ihr hoffentlich nichts Verdächtiges (mehr) bei euch. Desweiteren kommt es darauf an, dass ihr einige sehr häufig gemachte Fehler vermeidet:

Nichts aussagen!

Egal, was man auch sagt, ihr müsst bei der Polizei nur folgende Angaben machen: Name, Meldeadresse, Geburtsdatum und -ort, ungefähre Berufsangabe (also: SchülerIn, Azubi etc., nicht die Schule oder den Ausbildungsplatz angeben), mehr nicht! Zu allen weiteren Sachen, Vorwürfen, Einschüchterungen usw. sagt nichts. Die Beamten werden versuchen, euch zu verunsichern, einzuschüchtern oder auf nett zu machen, was alles nur dem einen Ziel dient, euch zu irgendeiner Aussage zu bringen. Auch wenn viele denken, sie könnten sich geschickt herausreden: Vergesst es! Nichts sagen, nur das ist sicher! Nichts unterschreiben! Was auch immer sie euch vorlegen, ihr müsst nichts (!) unterschreiben, weder Aussage- noch Beschlagnahmeprotokolle. Wenn ihr nichts unterschreibt, können sie nachträglich auch nicht noch etwas dazuschreiben.

Wendet euch an die Rote Hilfe!

Die bundesweit arbeitende Rote Hilfe kann euch in rechtlichen Fragen beraten, gegebenenfalls AnwältInnen vermitteln und leistet finanzielle Unterstützung für Menschen, die aufgrund ihrer politischen Betätigung von der Justiz verfolgt werden. In Braunschweig arbeitet die Rote Hilfe zusammen mit dem Braunschweiger Rechtshilfefonds und leistet Unterstützung bei politischer Repression. Rote Hilfe und Rechtshilfefonds könnt ihr an jedem ersten Dienstag im Monat ab 19.00 Uhr im Antifaschistischen Café, Cyriaksring 55 in Braunschweig erreichen. In dringenderen Fällen könnt ihr euch auch freitags ab 20.00 Uhr im Antifa-Café melden.

Kommt zur Jugend Antifa Aktion (JAA)!



**Aktiv werden
gegen Nazis,
Staat und Kapital!**

Jeden Montag-19 Uhr-Antifaschistisches Café-Cyriaksring 55

Goslar: NPD-Stand platt - Gericht voll - Nazis hohl

Am 08. November 2007 fand in Goslar ein Prozess gegen eine Antifaschistin statt. Ihr wurde vorgeworfen gemeinsam mit anderen einen NPD-Infostand gestört zu haben. Zur Erinnerung: Als die NPD im Mai diesen Jahres einen Stand auf dem Marktplatz in Goslar aufstellte, wurde der Tisch von engagierten Leuten umgeschmissen und die anwesenden Nazis mit Obst und Gemüse versorgt. Die NPD brach ihren Propagandastand daraufhin ab. Ein paar Minuten später und einige Häuserecken weiter kontrollierte die Polizei daraufhin Leute, die sie für die geglückte Aktion verantwortlich machte.

Die Angeklagte hatte daraufhin wegen Landfriedensbruch und Nötigung einen Strafbefehl über 600 Euro erhalten, wogegen sie Einspruch einlegte und weshalb es nun zum Prozess kam. Vor dem Amtsgericht hatten sich ein paar Leute des Goslarer „Bündnisses gegen Rechtsextremismus“ zu einer kleinen Kundgebung versammelt, im Gebäude tummelten sich Polizei, Verfassungsschützer und Justizbeamte und auch der Prozesssaal war bis auf den letzten Platz belegt. Die meisten waren gekommen, um die Antifaschistin zu unterstützen und mit der Verhandlung nicht alleine zu lassen. Aber auch der als Zeuge geladene NPD-Landtagskandidat Patrick Kallweit aus Vienenburg erschien. Kallweit, der sich damals, als die Gruppe auf den Stand zukam sofort aus dem Staub machte und später bei der Polizei zu Protokoll gab, dass er sich dadurch lediglich einen besseren Überblick über die Situation verschaffen wollte, spielte dann im Verlauf des Prozesses keine Rolle mehr. Denn obwohl er all seinen Mut zusammen nahm und sich kreidebleich auf einem Plätzchen in der letzten Reihe einfand, gönnte ihm der Richter keinen Auftritt mehr. Ihm genügte die Aussagen der Polizei und der Prozess endete mit einer Verwarnung, der Verhängung einer Geldstrafe über 400 Euro auf Bewährung und 20 Stunden gemeinnütziger Arbeit. Weitere Verhandlungen wegen der gleichen Sache stehen noch aus.

Danke: Abschiebung in Hildesheim verhindert!

Rund 60 Personen haben in Hildesheim mit einer Blockade und durch ihre bloße Anwesenheit die Abschiebung der Familie Ismailow verhindert. Am



Morgen des 22. November 2007 sollten sie nach Inguschetien, einer Nachbarregion Tschetscheniens, von wo sie vor dem Krieg geflohen waren, abgeschoben werden. Doch daraus wurde nichts. SchülerInnen und Flüchtlingsgruppen stoppten die Polizei, die mit Mannschaftswagen und vergittertem Bus anrückte, um die Abschiebung zu vollziehen. Die gesamte Schulklasse inklusive zwei Lehrerinnen des Sohnes der Familie und einige andere versammelten sich vor dem Flüchtlingsheim zu einer Blockade. Mit Erfolg: Nach circa einer Stunde und nach ein paar hektischen Telefonaten rückte die Polizei unverrichteter Dinge wieder ab. Unterdessen sicherte die Stadt Hildesheim zu, einen zwischenzeitlich gestellten Asylnachfolgeantrag zu prüfen und bis dahin nicht abzuschieben.

Die vorerst verhinderte Abschiebung macht Mut und es bleibt zu hoffen, dass ein solches Verhalten Schule macht. Abschiebungen stoppen!

Freiheit für Binali

Binali Yildirim wurde im Mai letzten Jahres während einer Spanienreise verhaftet und soll nun in die Türkei abgeschoben werden, obwohl er



jahrelang als Flüchtling in Hamburg gelebt hat (siehe Fight Back! Nr. 38). Nun sitzt er bereits seit über einem halben Jahr in Madrid im Gefängnis. Binalis Gesundheitszustand hat sich dramatisch verschlechtert, er hat fast zwanzig Kilo abgenommen

und ist psychisch angegriffen. Dies liegt auch daran, dass er vor seiner Flucht nach Deutschland fünf Jahre in der Türkei inhaftiert war und erst nach Folter, Isolationshaft und einem Hungerstreik zeitweise aus dem Gefängnis entlassen wurde, was er zur Flucht in die BRD nutzte. Seitdem leidet er am Wernicke-Korsakoff-Syndrom, einer Gedächtnisstörung.

Trotz mehrerer Solidaritätsaktionen, wie einer Demo, mehreren Veranstaltungen und Infotischen in Hamburg und Spanien, lassen sich die Behörden mit einer Entscheidung viel Zeit und momentan ist eine Freilassung nicht in Sicht. Binalis Anwalt bemüht sich zur Zeit um ein ärztliches Gutachten, um ihn zumindest bis zu einer gerichtlichen Entscheidung aus dem Gefängnis zu holen.

In der Türkei drohen Binali erneut Gefängnis und Folter. Er braucht weiterhin dringend unsere Unterstützung. Weitere Informationen der Kampagne für eine sofortige Freilassung findet ihr unter: www.freebinali.tk



Das Problem heißt Rassismus!

In einer Diskothek in Dresden wurden am 22. Dezember 2007 zwei sudanesishe Studenten von einer Gruppe Nazis rassistisch angepöbelt und verprügelt. Ende August wurde ausgehend von einem Stadtfest in Mügeln eine Gruppe Inder von einem fünfzigköpfigen Mob durch die Straßen gejagt und angegriffen. Im Juni wurde eine Gruppe SchauspielerInnen in Halberstadt von Nazis attackiert, wobei fünf schwer verletzt wurden. Dies sind wohl die bekanntesten Übergriffe des letzten Jahres und sie haben alle eine vergleichsweise große öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Doch zwischen den Angriffen von Halberstadt über Mügeln bis Dresden gab es dutzende weitere Naziübergriffe, die allerdings in den wenigsten Medien auftauchten. Es ist die Spitze des Eisberges, die es in die Nachrichten schafft. Und wenn Naziüberfälle zum Thema werden, dann ist die Art der Empörung von bürgerlicher Presse, Polizei und Politik immer die gleiche und auch ihre Argumentationen gegen rechte Gewalt weisen in eine bestimmte Richtung.

Beispiel Mügeln: Anfänglich wollte niemand etwas über den rassistischen Hintergrund der Hetzjagd sagen. Erste Presse- und Polizeiberichte wollten von den Motiven der Tat nichts wissen, die Ermittlungen liefen in alle Richtungen. Mügelns Bürgermeister Gotthard Deuse (FDP) erklärte sogar gegenüber der Presse, dass es in seiner Kleinstadt keine Nazis gebe und er sich daher einen solchen Hintergrund nicht vorstellen könne. Dass die NPD bei der letzten Landtagswahl rund 10% der örtlichen Stimmen erhielt, ist ihm wohl entgangen. Trotz der Feststellung der Polizei das während der Hetzjagd rassistische Parolen gerufen wurden behauptet Bürgermeister Deuse weiterhin, dass es bei ihnen kein Problem mit Nazis gebe und ergänzte in einem Interview, dass so ein „Ausländer raus“ jedem einmal über die Lippen rutschen könne. Und wahrscheinlich wusste er wovon er spricht. Denn der rassistische Mob von Mügeln

war keine Ausnahmererscheinung einer ostdeutschen Provinzstadt, sondern ist auf vielen Schützen- und Volksfesten vorstellbar und allzu oft Realität.



Nachdem zunächst kaum etwas in der Öffentlichkeit zu hören war, nahm das Medien-echo in den auf die Hetzjagd folgenden Tagen zu. Während andere Übergriffe höchsten

als Randnotiz in den Zeitungen auftauchen und ein am gleichen Tag verübter Überfall erst zwei Wochen später die Presse erreichte, erhielt dieser Fall große Aufmerksamkeit. Die Art der Empörung in den Nachrichten war dabei altbekannt. Während Politiker nach den Pogromen Anfang der 1990er Jahre in Rostock oder Hoyerswerda noch Verständnis für den rassistisch aufgeheizten Mob zeigten und die Angriffe auf Flüchtlingsheime nutzen um das Asylrecht zu verschärfen, hat sich seit dem „Aufstand der Anständigen“ der Tenor in der Politik gewandelt. Heute ist es Konsens in allen bürgerlichen Parteien schockiert zu sein und zu Zivilcourage gegen die Nazi-Gewalt aufzufordern. CDU-Fraktionschef Volker Kauder sagte gegenüber der „Frankfurter Rundschau“: Der Vorfall sei ein Rückschlag im Werben um Fachkräfte aus aller Welt und damit eine schlimme Botschaft. Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) brachte es in der „Berliner Zeitung“ wie folgt auf den Punkt: *„Je schlechter der Ruf Deutschlands ist, umso weniger werden die Leute, die wir brauchen können für unseren Fortschritt und Wohlstand, kommen.“* Und auch Bundeskanzlerin Merkels O-Ton im WDR war, dass man nicht weg schauen sollte bei Übergriffen, da diese dem Ansehen Deutschlands schaden. Ihre Sorge ist vor allem eine: Das Image des Standort Deutschlands könnte gefährdet werden.

Die selben Politiker, die zur Zivilcourage aufrufen, sind es, die täglich Menschen nach Herkunft selektieren, in „nützlich“ und „unnützlich“ oder „deutsch“ und „nicht-deutsch“ aufteilen. Sie schwafeln von „Asylantenfluten“, „schlecht integrierten, terrorverdächtigen Ausländern“ und „Kindern statt Indern“. Die einzige Zuwanderung, die sie sich wünschen, ist die von speziell ausgebildeten Fachkräften und kapitalstarken Investoren. Genau für diese umworbenen Spezialisten, die direkt aus dem Ausland angeworben werden und nach getaner Schuldigkeit wieder gehen müssen, macht sich das Bild eines Deutschlands, in dem Menschen aufgrund ihrer Herkunft durch die Straßen gejagt werden schlecht. Und um alle anderen, die nicht als benötigte Arbeitskräfte, sondern als Flüchtlinge hier her kommen, kümmert sich der Staat selbst. Denn wer als Verfügungsmasse für wirtschaftliche Interessen taugt und wer nicht, definiert er allein. Die Rassisten in Mügeln und anderswo sollen lernen, dass es sich nicht gehört Menschen wegen ihres Aussehens durch die Straße zu jagen, sondern der „moderne“ Rassist von heute hat auf das Ansehen Deutschlands zu achten und muss erkennen, wer verwertbar ist. Bei allen anderen sorgen Polizei, Bundesgrenzschutz, Abschiebelager und Abschiebungen dafür, dass sie möglichst schnell wieder gehen. Die Grundlage der staatlichen Selektion ist dabei nicht die Herkunft oder Abstammung, sondern der Nutzen für deutsche Unternehmen.



Die bürgerlichen Politiker reagieren auf den völkischen Nationalismus und die faschistischen Übergriffe mit ihrem eigenen Standort-Nationalismus. Das Teile der Bevölkerung den einen von dem anderen nicht unterscheiden können und dem Staat bei der Selektion unter die Arme greifen möchten, deckt sich nicht immer mit seinem Gewaltmonopol. So fürchtet die Politik, dass das Bild der Nation in Verruf geraten könnte und die Auswirkung der eigenen Stimmungsmache sich nicht mehr kontrollieren lässt. Wo Ausgrenzung, Konkurrenz und Selektion alltäglich sind, wird nicht dies grundlegend kritisiert, sondern allein die Tatsache, dass sich nicht an die staatlichen Spielregeln gehalten wird. Wer aller Welt den „anständigen“ und „sauberen“ Standort Deutschland, mit seiner „modernen nationalen Identität“ und neuem „Wir-Gefühl“ präsentieren will, braucht sich über Rassismus nicht zu wundern. Wo Volk und Nation betont werden, schließt sich die Frage an, wer dazu gehört und wer nicht. Wenn man bedenkt, dass „54 Prozent der Deutschen in den hier lebenden Ausländern eine ‚Gefahr der Überfremdung‘ (sehen)“ (SZ, 30.4.06), verwundern die Hetzjagden wie in Mügeln überhaupt nicht mehr. Das der Rassismus dabei nicht mal „Ausländer“ braucht, um MigrantInnen für allerlei Misstände verantwortlich zu machen, verdeutlicht das Beispiel Mügeln einmal mehr. Denn dort kommen auf knapp 5000 Einwohner ganze 5 MigrantInnen. Das bürgerliche Medien und Politik sich tatsächlich nie grundlegend mit den Ursachen der faschistischen Gewalt auseinandersetzen und von einer Vielzahl der Übergriffe nichts wissen wollen, und wenn doch, sich lediglich Sorgen um das Ansehen des Dorfs, der Stadt oder des Landes machen, ist nicht überraschend. Das Problem sind nämlich nicht allein irgendwelche organisierten Faschisten in den Dörfern und Kleinstädten des Ostens, sondern eine Gesellschaft in der Nationalismus und rassistische Ausgrenzung Staatspolitik sind und an diesen Grundfesten will doch niemand rütteln.

Auch ein kleines Licht durchbricht die Dunkelheit, aber hell wird es dadurch noch lange nicht - *der 9. November 2007 in Braunschweig*

Der 9. November ist in der Bundesrepublik ein Tag mit historischen Bezügen: am 9. November 1938 starteten die Nazis eine großangelegte Aktion gegen Jüdinnen und Juden im gesamten damaligen Reichsgebiet. Wohnungen und Geschäfte wurden zerstört, Synagogen niedergebrannt, Menschen verschleppt und ermordet. Dieses geschichtliche Datum wird von vielen antifaschistischen Gruppen genutzt, um der Opfer des Faschismus zu gedenken und über dessen ideologische und soziale Wurzeln aufzuklären. Leider endet dieses Anliegen oft in verkürzter, moralischer Darstellung, ohne dass auf gesellschaftliche

Ursachen eingegangen wird. Auch in Braunschweig fand am 9. November 2007 eine Demonstration statt, deren Motto war: „Nichts und Niemand ist vergessen“. Wir wollen ein Blick auf die Aktion werfen und schauen, ob da wirklich nichts vergessen wurde...

VeranstalterInnen der Demonstration in Braunschweig waren die neu gegründete *Antifaschistische Gruppe Braunschweig (AGB)* und die *Jugend Antifa Wolfenbüttel (JAW)*. Mobilisiert zu der Demonstration – und einer Aktionswoche - wurde mit einem Flyer, der die Begriffe Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus zum Thema machte, aber weniger Erkenntnisgehalt als die meisten Schulbücher enthielt. Bevor wir uns dem Aufruf näher widmen, soll nicht unterschlagen werden, dass es eine zusätzliche Veranstaltungsreihe und einen auf der Demo verteilten Reader gab. Da diese aber nur diejenigen erreichten, die sich zu Veranstaltung oder Demonstration begaben, bleibt der Demoaufruf für viele Menschen das einzige, was sie von AGB & JAW zu dem Thema erfahren. Und genau dieser weist in alle möglichen Richtungen, nur nicht in die richtige. Wir sehen die Schwierig-, wenn nicht Unmöglichkeit, ein so komplexes Thema in einem kurzen Text auszuführen, fatal ist es jedoch wenn sich nicht der geringste Ansatz einer grundlegenden Gesellschaftskritik darin wiederfinden lässt.

In dem Aufruf wird richtig erkannt, dass Antisemitismus schon vor dem deutschen Faschismus weit verbreitet war, es wird aber jede historische und politische Analyse vernachlässigt und weder erklärt, wodurch sich Antisemitismus definiert und wo seine Wurzeln liegen, noch, wieso er in einer solch grausamen Vernichtung endete. Genau in

Wesentliche Elemente des Antisemitismus:

Wir verweisen zunächst auf ein Flugblatt zum letzten Naziaufmarsch in Braunschweig, das sich im Internet (unter: www.antifacafe.de.vu) finden könnt. Dort wird etwas ausführlicher über Antisemitismus geschrieben, wir geben aber auch gerne auf Anfrage Literaturhinweise zum Weiterlesen – sei es per eMail, oder ihr kommt selbst vorbei.

Hier nur in Kürze ein paar wesentliche Punkte:

In der europäischen Geschichte waren JüdInnen aufgrund der Verbindung von weltlicher Herrschaft und christlicher Religion spätestens seit dem Mittelalter eine Randgruppe und waren vielen Benachteiligungen ausgesetzt. Unter anderem durften sie keine handwerklichen Berufe ausüben, so dass viele JüdInnen Handel oder Geldverleih betrieben. Dies führte – neben der Tatsache, dass sie die meiste Zeit gesellschaftlich isoliert waren – zu einer Assoziation von JüdInnen mit Geld. Da in vorbürgerlichen Gesellschaften die Macht nicht über Geld sondern über den gesellschaftlichen Stand definiert war, waren diese Berufe mühselig und meist wenig profitabel.

Das änderte sich mit dem Wandel zur kapitalistischen Gesellschaft. Das Geld und die Verfügung über Kapital spielte nun nicht mehr nur eine untergeordnete Rolle in der Gesellschaft, sondern wurde zur Basis ihrer Existenz. Die rassistische Zu-

dieser Erklärung liegt aber der Unterschied zwischen radikaler Kritik und bürgerlicher Sichtweise.

So beklagen sich die AutorInnen, es werde sich in „der Öffentlichkeit“ kaum mit Antisemitismus auseinandergesetzt. Aber welche „Öffentlichkeit“ meinen sie? Gibt es „die Öffentlichkeit“ überhaupt? Wir behaupten: Nein. Die bürgerliche Gesellschaft ist voller Widersprüche, die im Aufruf einfach ignoriert werden. Das hingegen, was uns tagtäglich in den Medien als „öffentliche Meinung“ präsentiert wird, ist nichts anderes als die herrschende Meinung. Die wird aber bekanntlich nicht demokratisch ermittelt, sondern von Medienkonzernen, Politikern und anderen Meinungsmachern produziert. An eine nicht definierte „Öffentlichkeit“ seine Beschwerde zu richten, wirkt auf den ersten Blick sehr universell, richtet sich ja scheinbar an alle – zeigt aber auf, dass die Funktionsweisen von „Öffentlichkeit“ nicht verstanden wurden.

Weiter im Text heißt es, das Bewusstsein „der deutschen Bevölkerung“ sei bereits vor 1933 von Antisemitismus geprägt gewesen. Was aber ist „die deutsche Bevölkerung“? Gehörten Jüdinnen und Juden nicht auch dazu? Gab es in der Weimarer Republik keine AntifaschistInnen, KommunistInnen und einfach auch Leute, die keine Antisemiten waren? Hier ist wieder die sehr schematische Argumentation, die auf einem einfachen Schwarz-Weiß-Denken basiert. Gesellschaftliche Widersprüche werden dabei komplett ausgeklammert, die Menschen werden zur einheitlichen Masse.

Auch an der Behandlung der so genannten Totalitarismustheorie, nach der Kommunismus und Faschismus gleichgesetzt werden, und die über Jahrzehnte von der herr-

schreibung, „die Juden“ würden ungenügend ehrliche Arbeit verrichten, sondern statt dessen das Geld anderer Leute für sich arbeiten lassen, erhielt in der kapitalistischen Gesellschaftsform ganz neue Brisanz.

Das wurde in der Ideologie des deutschen Faschismus aufgegriffen. Die Faschisten unterteilten in „schaffende“ Arbeit und in „raffendes“ Geldanhäufen. Als „schaffend“ wurde alle sichtbare körperliche Arbeit und Produktion in Deutschland bezeichnet. Alle weiteren abstrakten Schritte, die mit Geldzirkulation zu tun hatten, galten als suspekt und wurden JüdInnen zugeschrieben. So wurden sie das Sinnbild für alle negativen Auswirkungen des Kapitalismus und die Nazis hatten einen Sündenbock, der für alles verantwortlich gemacht werden konnte. Das heißt, die Grundlagen der Vermehrung von Geld in der kapitalistischen Gesellschaft, nämlich die Verwertung von Kapital in der Produktion, wurden nicht begriffen, sondern nur die abstrakte Zirkulation von Geld nach außen auf eine fremde Gruppe, die JüdInnen, projiziert.

Ein weiterer Bestandteil der antisemitischen Ideologie war, dass sie als „heimatlos“ dargestellt wurden, weil es lange keinen Staat mit dem Judentum als Hauptreligion gab und sich die JüdInnen nie in den jeweiligen Ländern integrieren durften. Dieses bereits existierende Bild wurde von den Nazis genutzt, ausgebaut und durch ihre Hetzapparate täglich verbreitet. Eine machtlose Randgruppe,

schenden Klasse zur Diffamierung jedes Ansatzes fortschrittlicher Politik genutzt wurde, scheitern die AufrufschreiberInnen komplett. Zunächst einmal wird nicht erwähnt, dass Theorien sich nicht von alleine „an die Spitze setzen“, sondern dass dahinter eine Auseinandersetzung von Interessensgruppen steht. Desweiteren wird an dieser Frage wieder behauptet, es gebe einen homogenen öffentlichen Raum.

Die Totalitarismustheorie ist jedoch keineswegs so allgemein anerkannt, wie in dem Text behauptet wird, sondern vor allem unter Historikern recht umstritten. Der Historikerstreit von 1986/87 mag weit zurückliegen, es hat ihn aber gegeben, und das sollte eine antifaschistische Gruppe eigentlich wissen. Doch es geht noch weiter:

Wie wenig die Ausführungen im Flyer mit der Realität belegbar sind, zeigt sich an dem angeführten, und ziemlich unpassenden Beispiel des Ministerpräsidenten Oettinger (Baden-Württemberg). Oettinger hatte in der Grabrede auf seinen Vorgänger Hans Filbinger behauptet, dieser sei kein Anhänger, sondern eher ein Gegner des Naziregimes gewesen. Fakt ist aber, dass Filbinger, der seit 1966 BW regierte, 1978 zurücktreten musste, nachdem bekannt geworden war, dass er als NS-Marinerichter unter anderem an Todesurteilen gegen Deserteure mitgewirkt hatte.

Im Flyer heißt es, dass sich gegen diese Äußerung Oettingers „kein Widerspruch“ geregt hätte, und das ist schlicht und ergreifend falsch. Sei es aus Unwissenheit oder politischer Absicht, AGB & JAW leugnen schlicht den Rummel, den es hinterher in den bürgerlichen Parteien und Medien gab und das ist aus zweierlei Gründen fatal:

Erstens weiß jeder Zeitungen lesende Mensch, dass hier die Realität nicht einmal ansatzweise wiedergegeben wird (das Thema

leicht zu identifizieren und leicht zu bekämpfen, wurde als Feind jeder Nation dargestellt, deren Ziel es wäre mit Hilfe einer angeblich „jüdisch-bolschewistischen Verschwörung“ die Welt Herrschaft an sich zu bringen. Auch wenn rassistische Zuweisungen („Juden sind...“ oder so, man nimmt etwas, das man sieht oder auch nur behauptet, und weist es jemandem als angeblich „natürliche Eigenschaft“ zu – und behandelt ihn dann auch so) Teil des Antisemitismus sind, die Besonderheiten (angebliche Verantwortlichkeit für generelle Übel des Kapitalismus, angebliches Ziel der Weltbeherrschung usw.) unterscheiden Antisemitismus von herkömmlichem Rassismus.

All diese antisemitischen Vorurteile wurden von den deutschen Faschisten genutzt und verschärft, um den JüdInnen alle menschlichen Eigenschaften abzusprechen und sie nur noch als Abstraktion alles Schlechten zu präsentieren. Dies wurde soweit auf die Spitze getrieben, dass die Vernichtung der JüdInnen im Holocaust in den Köpfen der Faschisten nicht mehr als Mord galt sondern als „Säuberung“ der Gesellschaft von allen schlechten Elementen. Und genau diese Abstraktion führte dazu, dass der systematische und industrielle Mord im deutschen Faschismus ein solch unvergleichliches Ausmaß an Grausamkeit erreichen konnte.

Der 9. November kann vieles aufzeigen: den Willen der Nazis,

ging durch wirklich alle Medien und wurde mit viel Elan bearbeitet, selbst die Bundeskanzlerin rügte ihren Parteikumpanen Oettinger). Zweitens zeigt es, dass die AufrufschreiberInnen dem Stand deutscher Geschichts“bewältigung“ um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hinterherhinken. War es in der Zeit des kalten Krieges normal und üblich, dass das Thema Faschismus am liebsten verschwiegen wurde und jeglicher Bezug zur Gegenwart heftigst geleugnet wurde, ist es seit mehreren Jahren neue Stoßrichtung, den Faschismus für die eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Nahezu jeder Diktator, seien es Milosevic oder Hussein, wurde in letzter Zeit von deutschen Politikern mit Hitler verglichen, Fischer begründete 1999 sogar den Einsatz deutscher Soldaten im Balkankrieg mit dem Spruch: „Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Ich habe auch gelernt: Nie wieder Auschwitz.“

Aus der falschen Behauptung mangelnden Widerspruchs erwächst im Aufruf die Ableitung, Ansichten, wie die Oettingers, würden „gesellschaftsfähig bleiben“ und ermöglichen „den Nazis, der heutigen Zeit, sich zu etablieren“. Da nun aber die Grundbehauptung schon nicht stimmt, müsste doch demnach alles in Butter sein, oder? Oder gibt es „die Gesellschaft“, derer „fähig“ die Nazis angeblich sind, so vielleicht doch nicht?

Zum Abschluss des Flugblattes taucht dann noch die Parole „*Deutsche Täter sind keine Opfer*“ auf. Die Parole ist im Rahmen der Auseinandersetzung um diesogenannte Wehrmachtsausstellung entstanden, die als Teil rot-grüner Vergangenheitsbewältigung zwar einerseits die Verbrechen der Wehrmacht aufzeigte, andererseits aber auch so verstanden werden konnte, dass es Teile der Armee gegeben hätte, die nicht beteiligt gewesen wären. Um diese Aufteilung in „gute

jüdisches Leben in ihrem Einflussgebiet komplett zu vernichten; das Schweigen einer übergroßen Mehrheit, sei es aus Zustimmung, sei es aus Feigheit und Anpassung; die Funktion von Propaganda, insbesondere von antisemitischer Hetze in Verbindung mit dem Schaffen von Fakten...

Von den Veranstaltern der Demo werden die Ereignisse dieses Tages aber als zufälliger Ausbruch von Antisemitismus dargestellt. Am 9. November „fanden“ - so der Flyer - Pogrome „statt“. Dabei wird vergessen, dass die Nazis den bereits vorhandenen Hass auf JüdInnen gezielt geschürt und dazu genutzt haben, den akribisch geplanten Holocaust mit Unterstützung der Bevölkerung durchführen zu können. Es wird hinter jedes Schulbuch zurückgegangen, in dem man wenigstens noch erfährt, dass die Nazischergeren sich bewusst in Zivil kleideten, um dem geplanten Pogrom den Anschein einer spontanen Unmutsäußerung „der Deutschen“ zu verpassen, wenn möglich noch Mitmacher zu finden. Der Plan funktionierte aber nicht, die aktive Beteiligung hielt sich (zu diesem Zeitpunkt) in engeren Grenzen, als es die Organisatoren der Aktion beabsichtigt hatten. AGB und JAW starteten ihren eigenen Geschichtsrevisionismus, indem sie auf die Nazi Propaganda vom „Volkszorn“ hereinfallen und ihre Sicht auf einer Propagandaerfindung aufbauen.

Armee“ und „böse Nazis“ zu bekämpfen, wiesen AntifaschistInnen damals darauf hin, dass ohne Wehrmacht kein einziges dieser Verbrechen stattgefunden hätte, und dass der Überfall auf andere Länder an sich schon Verbrechen genug ist. Täter ist, so die damals wie heute richtige Botschaft, wer im Faschismus mitgemacht hat, egal, wie klein sein oder ihr Beitrag war – und wer mitgemacht hat, soll hinterher nicht jammern und sich als Opfer darstellen. Nach dem nichts sagenden und durchweg moralisch argumentierenden Aufruf kann die Parole aber eigentlich nur noch verstanden werden als „Deutsche sind keine Opfer“, denn im Aufruf gibt es nur „die Deutschen“, „die Bevölkerung“ usw. Von gesellschaftlichen Kräften, ihren Zusammenhängen und ihren Widersprüchen weiß der Flyer nichts zu berichten. Das ist nicht radikal, denn es bietet keine Handlungsmöglichkeiten mehr, außer katagorisch „dagegen“ zu sein, das ist nicht einmal irgendwie fortschrittlich und hätte so von jeder Juso-Gruppe mit schlechter Laune inhaltlich fundierter geschrieben werden können.

Konsequent bis zum Schluss – nur leider daneben

Die inhaltliche Beliebigkeit des Aufrufs spiegelte sich in der Demo wieder. Zuallererst stellt sich die Frage, warum eine Gedenkdemo zum Thema Antisemitismus zwar sinnvollerweise an der KZ-Gedenkstätte „Schilldenkmal“ startet, im weiteren Verlauf jedoch keine zum Datum passenden Stationen besucht wurden, wie z.B. die Synagoge in der Alten Knochenhauerstraße oder ehemalige Wohnungen und Geschäfte von Jüdinnen und Juden, z.B. am Kohlmarkt, die im Zuge der „Arisierung“ zu Eigentum von Leuten, die den Nazis genehm waren, wurden.

Nicht nur die Route und der Aufruf, sondern die gesamte Demo zeichnete sich durch Beliebigkeit aus, ein buntes Sammelsurium politischer Versatzstücke, wild zusammengewürfelt. So zierte z.B. ein Transparent die Parole: „*Deutsches Gedenken heißt Schlussstrich ziehen*“. Bestenfalls ein nichtssagender Satz, der einen Umgang mit der deutschen Vergangenheit behauptet, der so bereits selbst Geschichte ist – er könnte aber auch auf einem Nazitransparent stehen, nur eben umgekehrt gemeint, also nicht (wie wir vermuten, dass es gemeint ist) im Sinne von „Deutsches Gedenken heißt Schlussstrich ziehen... und das finden wir schlecht.“, sondern im gegenteiligen Sinn. Das ist keine politische Aussage, sondern eine Tatsachenbehauptung unter vielen bei dieser Aktion, die so einerseits nicht stimmt und aus der dann auch noch die falschen Schlüsse gezogen werden.

Unser Fazit zur Demonstration von AGB & JAW zum 9. November: Der historische Bezug wurde thematisiert, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus aber nur angerissen. Historische Zusammenhänge vermisst man ebenso, wie eine fundierte, gesellschaftskritische Positionierung. Zu einem besseren Verständnis der Zusammenhänge von Faschismus, Antisemitismus, Kapitalismus und deren Funktionsweise wurde insgesamt wenig beigetragen.

TERMINE:

Antifaschistische Demonstration in Bad Lauterberg

Samstag – 19.01.2008 – 14 Uhr
Postplatz – Bad Lauterberg

Freitag – 18.01.2008

Antifaschistisches Café – Cyriaksring 55

18 Uhr – Vorbereitungstreffen

Aus Braunschweig wird es einen Bus zur Demo geben – Treffen für alle die mitfahren wollen

20 Uhr – Veranstaltung „Braunes Hinterland: Nazis zwischen Harz und Heide“

Informationen zu Aktivitäten und Köpfen der NPD und Kameradschaften vom Harz bis Braunschweig

www.antifacafe.de.vu